

Besteht an jedem Werk- tag, Bestellungen nehmen sämtliche Postämter und Postboten entgegen.

Verkaufspreis im März 1.00 statt 1.20, Einzel-Exemplar, Einz.-Nr. 10, halbjährig, Einzel-Preis 1. Angelegen: Die einseitige Seite auf gewöhnlicher Schrift ober dem Raum 12, halbjährig, Restanten 10, halbjährig, Familien-angabe 10, halbjährig, Bei-gehalt, Schreibung und Anzeigen in der Wabst-zeitung.

Der Gesellschafter

Amis- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

mit der Heimatbeilage „Unsere Heimat“

Nagolder Tagblatt

mit illustrierter Sonntagsbeilage „Feierstunden“

Schriftleitung, Druck und Verlag von G. W. Balle (Carl Josten) Nagold.

Bestellstelle Zeitung im Oberamt Nagold. — Wo-jeigen sind höher aus-geboten.

Wir sind bestrebt, mit in-teresse und Sorgfalt, die mit uns zu tun haben, zu unterstützen, das Beste der Welt zu befehlen, das Beste der Welt zu befehlen, das Beste der Welt zu befehlen.

Telegraphische Adressen: Gesellschaft Nagold, Postfach 5118, Stuttgart 5118.

Nr. 67

Begründet 1826.

Mittwoch den 19. März 1924

Preis pro Nummer 20 Pf.

98. Jahrgang

Tagespiegel

Reichskanzler Dr. Marx und Minister Dr. Stresemann sind nach Wien abgereist. Es sollen wirtschaftliche, rechtliche und Verfassungsfragen besprochen werden.

Reichsbankpräsident Schacht ist aus Paris in Berlin eingetroffen. Er wird abermals nach Paris abreisen.

Der preussische Minister des Innern Severing hat die beantragte Wiederaufhebung der Nationalsozialistischen Vereinigungen und der nationalen Kampfbünde abgelehnt.

Die Kriegskosten betragen nach amtlicher Mitteilung bis Ende Dezember 1923 zusammen 5 Milliarden und 5 Millionen Goldmark. Die ganze französische Kriegsschuldung 1921 belief sich dagegen nur auf 4 Milliarden Goldmark. — Wir haben die verbleibenden Zahlen bereits mitgeteilt.

Das englische Unterhaus hat mit 347 gegen 13 Stimmen den Antrag seiner Arbeitsvertragskommission abgelehnt, den Heeresbestand von 160 000 auf 100 000 Mann herabzusetzen.

Der Ausschuss des Abgeordnetenhauses in Washington schlägt für den Ausbau der Weltbank für 1924/25 eine Ausgabe von 12½ Millionen Dollar vor.

Wahlvorbereitungen

Die amtliche Arbeit.

Die Vorbereitung der am 4. Mai stattfindenden Reichswahlberechtigung hat begonnen. Gleich am Tag nach der Auflösung des alten Reichstags ernannte der Reichsminister des Innern Reichswahlleiter. Es ist der bisher mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Präsidenten des Statistischen Reichsamts beauftragte Ministerialrat Wagemann. Wahlleiter von 1920 war der Präsident des Statistischen Amtes selbst, Dehnbach. Was hat der Wahlleiter zunächst zu tun? Er stellt die Liste des Wahlberechtigten zusammen. Der Wahlberechtigte besteht aus je einem Vertreter der politischen Parteien. Was dann folgt, ist die Aufforderung an die Parteien, ihre Wahlzettel beim Wahlleiter einzureichen.

Die übrige amtliche Arbeit ist erledigt durch die neue Wahlgesetzgebung vom 27. April 1920, die die sogenannten hängigen Wahlzettel brachte. Die zeitraubende und kostspielige Neuanlage der Wahlzettel unmittelbar vor jeder Neuwahl wurde dadurch erlegt, daß man die gemeindefürsorglichen Verzeichnisse der Wahlberechtigten in Listen oder Wahlerkarten bündeln auf dem Postwege hat, berichtigt oder ergänzt.

Von Bedeutung für die Erparnisse an amtlichen Wahlkosten ist der heute gültige Sammelwahlzettel. Nach § 24 des Wahlgesetzes in seiner neuen Fassung werden die Stimmzettel durch die Landesregierungen für jeden Wahlkreis amtlich hergestellt in der Weise, daß die Stimmzettel alle zugelassenen Kreiswahlvorschlüge unter Angabe der Partei und Hinzufügung der Namen je der ersten vier Bewerber enthalten. Die Stimmabgabe erfolgt derart, daß der Wähler durch ein auf den Stimmzettel gesetztes Kreuz oder auf andere Weise kenntlich macht, welchem Kreiswahlvorschlüge er seine Stimme geben will. Damit werden den Parteien die Kosten und Mühen der Herstellung erspart. Der Wähler erhält den Stimmzettel im amtlichen Umschlag und beschäftigt in der geheimen Wahlzelle seine Wahl durch Kreuz oder Unterstreichung.

Man kann dagegen vorbringen, daß der Wähler bei mangelnder Einsicht seinen Kandidaten falsch oder mißverständlich ankreuzt. Aber schon in den Wählervereinigungen muß eben für entsprechende Belehrung gesorgt werden, und die Kommisäre in den Wahlbüros werden ein Bestes in der Anleitung ungeleiteter Wähler tun. Auf dem logischen Wahlzettel sind unter- oder nebeneinander in hervorragendem Druck die sämtlichen Parteien angegeben. Und damit der Wähler noch mehr Vertrauen faßt, sind vier der Namen genannt, die ihm im Wahlkampf von seiner Partei eingeschrieben wurden. Sehr viele unglückliche Wahlzettel werden bei dem neuen Verfahren wohl nicht herauskommen. Auf der anderen Seite ist der Vorteil groß. Denn wie oft haben die Parteien Schaden dadurch erlitten, daß ihre Wahlzettel an dem Wahllokal fehlten oder daß Millionen überflüssiger Wahlzettel hergestellt waren. Wo es irgend geht, soll gespart werden, auch an Papier.

Was die Fristen anlangt, so gilt die frühere Bestimmung des § 12 des Wahlgesetzes nicht mehr, die die Auslegung der Wahlzettel spätestens vier Wochen vor dem Wahltag vorschrieb. Die Kürzung der Frist ist der Gemeindebehörde anheimgegeben. Dadurch, sowie durch eine Reihe weiterer Reformvorstellungen bei mehreren Einzelordnungen des Wahlrechts, wird es ermöglicht, den Wahlkampf zeitlich auf ein Mindestmaß zu beschränken. Die Bestimmungen über die Ausstellung eines Wahlzettels, die früher in der Reichswahlordnung standen, sind jetzt im Wahlgesetz selbst zu finden. Die Berechtigung zur Erlangung eines Wahlzettels ist nicht mehr an den Antrag der Partei zur Ausstellung der Wahlzettel geknüpft, sondern an allen Fällen ist

nimmende der Ablauf der Wahlperiode gegen die Wahlzettel maßgebend und damit der Anspruch des Wählers auf Erlangung eines Wahlzettels zeitlich erweitert. Soweit die amtliche Seite des Wahlkampfes. Alles übrige fällt in den Parteien als Tummelplatz überlassen.

Zum drittenmal verträcht

Und zwar diesmal gründlich. Räumlich eine völkerverbindende Friedenskonferenz! Art. 8 der Völkervereinbarung besagt, daß die Aufrechterhaltung des Friedens es nötig macht, die nationalen Rüstungen auf das Mindestmaß herabzusetzen, das mit der nationalen Sicherheit vereinbar ist. Gerade in dem Anhängel von der „nationalen Sicherheit“ liegt der Kern des Anstoßes, über den jeder völkerverbindende Versuch auf diesem Weg, nur auch ein paar Schritte vorwärts zu kommen, nämlich Würge und Kürze mußte.

Schon im Dezember 1920 hatte der englische Vertreter des Völkerverbandes, Lord Cecil, den man „das Gemüts des Völkerverbandes“ nennt, an die „hohe Versammlung der 20 Nationen der Erde“ die erste Frage gerichtet, wie man es mit Artikel 8 halten wolle? Distanz, der Vertreter Frankreichs, wies sofort ab; erst müsse Deutschland den Versäuer Vertrag antastend erfüllt haben. Der Rumäne meinte verständnisvoll, man könne ihn unmöglich eine Abrüstung zumuten, bevor seine Nachbarn mit dem guten Beispiel vorgegangen seien. Die anderen Vertreter sagten so ziemlich dasselbe. Kurz: Da keiner wollte, daß der andere für ihn zahle, zahlte keiner von den beiden. Wohl dem Argentinier wurde die Sache zu bumm; er erklärte, wenn man an den Hauptzweck der ganzen Leistung nicht heranwolle, dann sei überhaupt die ganze Einrichtung nichts wert. Argentinien tue nicht mehr mit.

Da griff Americas Präsident Harding, in die Sache und verfuhrte auf eigene Rechnung das fertig zu bringen, was dem Völkerverband, dem bekanntlich Amerika nicht angehört, bisher nicht glückte. Harding berief nach Washington eine Abrüstungskonferenz. Es ist nicht viel dabei herausgekommen.

1922 brachte Lord Cecil zum zweiten Male die heisse Abrüstungsfrage zur Sprache. Nun ging's wieder um den Ausreden los. Der kühne französische Senator de Jovanel empfahl den Völkern der Welt die „moralische Abrüstung“, unter der man sich allerdings alles und nichts denken konnte. Praktischer war der Vorschlag des belgischen englischen Admirals Lord Fisher zur Abhaltung einer „Seeabrüstungskonferenz“ und zwar für die Völkervereinigung in Washington vertreten waren.

Und diese lagte vor ein paar Tagen in Rom. Da ging nun der Handel los. Spanien verlangte für die Uminschiffe eine Lomage von 100 000 (bisher 83 000) Tonnen, fernermal es an drei Seiten vom Meer bespült sei, auch wegen der französischen, englischen und italienischen Konkurrenz im Mittelmeer (scharf auf der Hut sein mußte Griechenland erklärte, seine Flotte nur vermindern zu können, wenn die Türkei entsprechend vorgehe. Die Türkei war nicht vertreten. Kemal Pascha tut aber bekanntlich was er will. Was gehen ihn die andern an? Die Südamerikaner moigten sich einfach abzurufen, sie wollten die Sache auf einer eigenen südamerikanischen Konferenz regeln. Russlands Vertreter, Admiral Behrens, forderte 400 000 (statt der ihm zugesandten 110 000) Tonnen. Grund: Solange die Dardanelen und die Ostsee nicht für fremde Kriegsschiffe gesperrt seien, brauche Rußland eine starke Flotte und dies umsonst, als die deutsche Flotte verschwunden und damit der Rüstungsschub im Norden weggefallen sei. Kurz: die Konferenz kocherte und ging ergebnislos auseinander.

Und die „Moral von der Geschichte“? Der Völkerverband ist unfähig, die Abrüstungsfrage zu lösen. Die ist aber die Hauptaufgabe des Völkerverbandes. Hat da nicht Lord Cecil mit jenem Urteil, das er vor zwei Jahren fällte, vollkommen recht? Der Völkerverband ist entweder alles oder nichts! Der Verkauf der verträcht römischen Seeabrüstungskonferenz vom März 1924 scheint für das zweite zu sprechen. Wir Deutsche aber haben keinen Grund, trotz Mac Donalds schönlichsten Wünsches, diesem Geschäft bis jetzt nicht beigetreten zu sein. Wir wären doch nur stille Teilhaber an einer Mühe, die nur klappert und nichts zu mahlen hat.

Der Hitlerprozeß

München, 18. März.

In der gestrigen Nachmittagsstunde wird als erster Zeuge Oberlandesgerichtsrat Julius Voss in Nürnberg vernommen, der darüber Auskunft geben soll, daß Ehrhardt im Auftrag des Generalkommissariats von Industriellen in Nürnberg Gelder für Zwecke eines Marsches nach Berlin gesammelt habe. Er habe Ehrhardt persönlich nie gesehen oder gesprochen. Er habe erfahren, Ehrhardt sei in Nürnberg gewesen und habe in einer geschlossenen Versammlung erklärt, er komme im Auftrag Hitlers. Die Stellung Hitlers werde von Berlin her immer mehr unklar. Die Zustände würden immer unbeherrschter, und Hitler habe sich eingeschlossen, loszugehen. Von einem Marsch nach Berlin im wörtlichen Sinn, sei nicht gesprochen worden. Er habe

über dieses Vorkommnis im Sinn eines Konflikts mit Berlin und schließlich als eine bewaffnete Auseinandersetzung aufgefaßt.

Der folgende Zeuge, Kapitänleutnant Oberleutnant Kautler (Willingbunde): Kahr habe keinen Zweifel geäußert, daß er das Vorstellen eines einzelnen Verbands nicht dulden werde. Es war mir klar, daß eine einzelne Verbindung Hitlers und Ludendorffs nie Erfolg habe, wenn nicht der Staat Bayern in der Person Hitlers mitspielen würde. Am 8. November im Generalkommissariat gefaßt wurde. Kahr, Vossow, Seiger und die Gesamtregierung seien im Gewohlsam Hitlers, veranlaßt ich sofort die Mobilisierung unserer Verbände, um Kahr zu fassen, damit er bei der Entscheidung ein gewichtiges Wort mitzusprechen habe. Nur Kahr konnte den Bürgerkrieg verhindern. Die Aufhebung unserer Verbände war aber in keiner Weise gegen Hitler gerichtet. Als Kahr erschien, sagte er, es sei ihm im „Bürgerbräuere“ kein anderer Weg geblieben worden. Er belege sich über die Polizei und Böhmer. Ich erkannte, daß Kahr sich über die Grenze seiner Macht nicht überhitzte und sagte zu ihm: „Die Botschaft Hitler-Ludendorff ist für Bayern und das Reich zu schmal. Es werde zum Bürgerkrieg kommen, wenn es nicht gelinge, unter der Person Hitlers die ganzen Verbände zu vereinen. Kahr müsse aus seiner passiven Stellung heraustreten. Ich schickte folgenden Aufruf vor: 1. Kahr erklärt: „Ich habe als Statthalter die Regierung übernommen“; 2. Die Verfassung von Weimar ist aufgehoben; 3. Bayern steht zum Reich. Als Fortsetzung verlas ich die Ausführung des leinerzeit verkündeten Programms über den Kampf gegen den Marxismus. Das werde eine Verbindung mit Hitler und Ludendorff herbeiführen. Kahr gab keine bestimmte Antwort, sondern überlegte hin und her und wandte ein, der Aufhebung der Weimarer Verfassung stünden wirtschaftliche Bedenken entgegen.

Als Kahr sich zur Infanteriekaserne begab, war noch keine Entscheidung gefallen. Ich fuhr daher in die Infanteriekaserne und entwickelte nachts Herrn v. Kahr noch meine Gedanken. Er wiederholte seine Bedenken. Ich forderte ihn wiederholt auf, sich zu Ludendorff zu begeben. Seiner legte mir später: „Seien Sie überzeugt, wir werden das Volk aus der Sache herausklopfen.“ Ich führte Kahr gegenüber aus: „Selbst wenn das Vorstellen der Kampfbünde falsch wäre, gehören sie doch auf unserer Seite.“ Am andern Morgen, früh 6 Uhr, erhielt ich die Mitteilung Kahr lehne den Hitlerputsch ab. Wiederholte Verlaufe des Zeugen, eine Vermittlung herbeizuführen, schlugen fehl.

Sobald wird der Zeuge Ulrich Graf aufgenommen, der mit Hitler im Feld stand und nun Freiheitskämpfer in München ist. Er ist der treue Schutzbegleiter Hitlers und hat sich, als Reichwehrt und Polizei am Odeonsplatz das Feuer auf den Zug eröffneten, ohne Bedenken vor Hitler gestellt, um ihn mit seinem Leib zu bedecken.

Zeuge Graf gibt nach seiner Verteidigung an. Beim Verleihen des Bürgerbräuere ging ich unmittelbar hinter Hitler, die Pistole in der Hand. Von einer Wappensteinplatte habe ich nichts gesehen. Ich ging mit ins Treppenstiegen. Ich hatte den Eindruck, daß Vossow und Seiger hinter mich gekommen haben. Nach einiger Zeit kam Ludendorff. Hitler sagte ihm, Kahr schwante noch. Darauf sagte Ludendorff zu Kahr: „Stellen Sie alle weiteren persönlichen Bedenken zurück und tun Sie um der guten Sache willen mit. Lassen Sie sich doch überzeugen, daß nur mit einer eisernen Faust unser Vaterland freigeschafft werden kann.“ — Nach einigen Bedenken richtete sich Kahr auf und sagte: „Sie haben mich überzeugt, ich bin bereit, den Posten eines Statthalters der Monarchie zu übernehmen.“ — Der ganze Vorgang machte den Eindruck eines Treuegeldbusses, wie man es sich nicht denken vorstellen kann. Hitler und Kahr standen mit Tränen in den Augen da. Ludendorff sagte nun zu Vossow: „Na, Vossow, aber jetzt machen wir es!“ Vossow nahm stramme Haltung und sagte: „Ihr Wunsch ist mir Befehl. Ich werde das hier so einrichten, wie es Erfüllung von Vossow schlägen benötigen.“ Eine ähnliche Versicherung tat auch Seiger. Die Stimmung war im übrigen ganz feierlich. Es wurde auch gelacht. Die Herren konnten miteinander frei sprechen, von einer Bedrohung kann keine Rede sein.

Der Zeuge schildert dann noch den Abmarsch zum „Bürgerbräuere“ in die Stadt. Es ist ausdrücklich der Befehl zum Entladen gegeben worden. An der Spitze des Zugs hat Ludendorff Führung gefaßt, ob der Befehl zum Entladen durchgeführt wurde.

Schließlich berichtet der Zeuge noch über den Zusammenstoß am Odeonsplatz, vor dessen Beginn er den Vossow der Landespolizei mit lauteher Stimme (er habe gedreht) wagenen habe: „Wollt Ihr auf Ludendorff schießen? Da stehen Hitler und Ludendorff!“ Die Leute haben dem Zeugen auf einen halben Meter gegenüber und richteten die Karabiner auf seine Brust. Sie hätten also seine Worte hören müssen.

18. Verhandlungstag

Weitere Befundungen Ludendorffs

München, 18. März.

General Ludendorff nimmt zu folgender Erklärung des Wort: Ich lege mich zu meinem Behauern gegenüber.



Die Wahl des Reichspräsidenten

Berlin, 18. März. Der Reichsminister des Innern, Dr. Jarres teilte den Führern der Regierungsparteien mit die Regierung halte daran fest, daß die Neuwahl des Reichspräsidenten erst drei Monate vor Ablauf der Amtszeit Eberts im Jahr 1925 stattfinden.

Verhandlungen über das Industrie-Abkommen

Berlin, 18. März. Die Reichsregierung hat die französische Regierung ersucht, die Verhandlungen über das neue Abkommen für Sachlieferungen unmittelbar mit der Reichsregierung zu führen. — Das Industrie-Abkommen läuft bekanntlich am 15. April ab. Es war von der französisch-belgischen Ingenieur-Kommission mit der Industriellen des Ruhrbezirks ohne Berücksichtigung der Reichsregierung abgeschlossen worden, während das Reich den Industriellen die Lieferungen in bar zu liefern hat.

Keine Einigung über die Beamtengehälter

Berlin, 18. März. In den Verhandlungen mit den Beamtenverbänden forderten die Verbände eine Erhöhung der Grundgehälter um 30 Prozent und der Ortslohnzuschläge um 150 Prozent, während die Regierung nur eine Erhöhung der Gehälter um 10 Prozent und der Kinderzulage um 2 Mark zugestehen wollte. Es kam keine Einigung zustande. Das Reichsministerium hat die Forderung der Verbände ebenfalls abgelehnt.

Berlin, 18. März. Die Berliner Gewerkschaften haben beim Reichswirtschaftsminister gegen die hohen Preise der Lebensmittel- und Bedarfsartikel Beschwerde geführt und verlangt, daß die Preise auf den Vorkriegsstand zurückgeführt werden. — Die Erzeugerpreise für Getreide, Kartoffeln und Fleisch sind jedoch weit billiger als vor dem Krieg; sie betragen im Großhandel nur den Fünftelteil des Staatl. Reichspreises 80 bis 85 Prozent des Vorkriegsstands.

Reizende Zustände

Berlin, 18. März. Eine Kette von etwa 30 Burschen durchsuchte in der Dampferstraße die Wagen der Kraftomnibuslinie und zog jeden heraus, der für einen „Bismarckbündler“ gehalten wurde, um ihn zu verprügeln.

Ein Pfarrer als Kultusminister

Schwerin, 18. März. Der neue mecklenburgische Landtag ist gestern zusammengesetreten. Zum Präsidenten wurde Abg. von a. (Deutschlan.) gewählt. Als die drei Minister kommen in Betracht: für Inneres und Gerichtswesen v. Bronckow, für Landwirtschaft und Finanzen Amtsgeschäftsrat a. D. v. Derjen (Deutschlan.), für Kultus und Unterricht Pastor Stamm (D. Volksp.).

Spionageprozeß

Leipzig, 18. März. In dem Strafverfahren gegen den französischen Hauptmann d'Armont, den Vater des Spionagedäros in Babel, hat das Reichsgericht zunächst die weiteren Angeklagten, und zwar den schwedischen Staatsangehörigen Kinnoscher Binz zu 11 Jahren Zuchthaus, den Gehilfen der Reichswehr Bornemann zu 13 Jahren Zuchthaus und Auslieferung an dem Heer, die Braut Bornemanns, Frida Schent aus Stuttgart, zu 2 Jahren Gefängnis, und den Kraftfahrer der würt. Kraftfahrtruppen Adler zu 2½ Jahren Gefängnis, Binz und Bornemann außerdem zu je 10 Jahren Ehrverlust verurteilt. Im Auftrag d'Armonts hatte Binz den Bornemann und Adler zur Auslieferung wichtiger Papiere veranlaßt.

Ablehnung des bayerischen Volksbegehrens

München, 18. März. Die Volksversammlung des Landtags behandelte gestern die Volksbegehrenträge der Bayer. Volkspartei. Dafür wurden 72, dagegen 66 Stimmen abgegeben, so daß die notwendige Zweidrittelmehrheit nicht erreicht ist. Die Begehren gelten somit als abgelehnt. Der Präsident teilte nach der Abstimmung mit, daß er die Ergebnisse sofort dem Staatsministerium zuleiten werde, damit nunmehr ein Volksentscheid über die Volksbegehren herbeigeführt werden könne.

Bayern den Bayern!

München, 18. März. Der Wahlauf der Bayer. Volkspartei ist überhoben: Bayern den Bayern! Es wird gefordert, daß Bayern das Eigentumsrecht an den bayerischen Eisenbahnen und der bayerischen Post, sowie die Polizeibehörde wieder erhält und daß die bayerische Justizhoheit in einem Umfang gewahrt wird, wie sie in der Reichsverfassung von 1871 niedergelegt ist.

Wiederbewaffnung der Polizei in der Pfalz

Speyer, 18. März. Die Sonderkommission der Verbände hat vorgeschlagen, daß der Polizei die Waffen wieder zu gestellt werden sollen, wenn die Befehlungsbehörde einen diesbezüglichen Antrag stellt.

Der Kampf um die Arbeitslohn

Hörsel a. M., 18. März. Auch in den Hartwerken von Hörsel lehnte sich ein Teil der Arbeiterschaft, die von Herbst beeinflusst waren, gegen die verkümmerte Arbeit auf. Sie traten sich mit Arbeitstrotz zusammen und überfielen die Arbeitswilligen, die zum Teil schwer mißhandelt wurden. Die Rädelführer wurden verhaftet.

Meinungsverschiedenheit der Sachverständigen

Paris, 18. März. Ueber die Zahlungsfähigkeit Deutschlands in den nächsten Jahren bestehen unter den Sachverständigen nach dem „Revue Herald“ noch weitgehende Meinungsverschiedenheiten. Die Franzosen behaupten, Deutschland könne jährlich 3 Milliarden Goldmark bezogen, die britischen Mitglieder haben eine viel geringere Summe angelegt. Einige Mitglieder wollen, daß die deutsche Industrie vorweg mit 5 Prozent befreit werde, manon ein Teil für den deutschen Reichshaushalt, der andere für Ent-

auf die Erklärung des Herrn Kardinals zustimmenden, weil der Herr Kardinal in seiner Erklärung mehrmals die Worte „Anmaßliche Behauptungen“ gebraucht hat, die ich aus so hohem christlichen Munde für eine besonders schwere Beschuldigung halte. Ich erkläre zu den einzelnen Punkten:

1. Es ist eine unrichtige Behauptung des Herrn Kardinal Faulhaber, ich habe gesagt, der Kardinal treibe hinter dem Rücken Bayerns und Österreichs zusammenzuschließen. Davon steht in meiner Auslage nicht ein Wort.

2. Ein von ihm beglaubigter Wortlaut der Rede des Kardinals in Rom vor wurde trotz verschiedener an ihn gerichteter Bemerkungen in der deutschen Presse nicht veröffentlicht. Darum sind Mißverständnisse über einige Redewendungen nicht ausgeschlossen. Der Kardinal hat nach dem Bericht der „Neugotter Staatszeitung“ den Kustodialfall und den deutschen Einmarsch in Belgien als Verbrechen verurteilt. Diese Stellung schreibt mit Bezugnahme hierauf: „Und was den Ausdruck seiner Redensarten der Wahrheit nach vergrößert, war die Tatsache, daß er nicht anstand, auch seinem eigenen Volk offen und unerschrocken die volle Wahrheit zu sagen. Demgegenüber stelle ich fest, daß die Rede des Kardinals in Amerika und Europa in weiten Kreisen als Deutschland abtrübsel empfunden worden ist. Unrichtig ist auch, wenn der Kardinal erklärt, ich habe gesagt, er halte die Verletzung der „Autonomia“ als völkerrechtswidrig aufrecht gegen alle Verbrechen. Davon habe ich nichts gesagt. Doch erwidert Kardinal Faulhaber aus dem jüdischen Zusammenhange seiner Amerika-Reise mit dem jüdischen Reichs-Trostschlüssel, die ich nicht gezogen habe, bedauere ich.“

Der Vorliegende hält nun dem Angeklagten Hitler ein Kochrezeptblatt des Oberkommandos der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei vom 26. Oktober über die politische Lage vor.

Hitler: Der Bericht stammt nicht von mir, sondern ist eine Erklärung des Oberkommandos. Ich habe vom ersten Tag an den Beginn des Kampfes für ein Unglück gehalten, weil ich Rahr als Politiker kannte und mir sagte, Rahr bezieht einen Kampf, bei dem nur eine Kapitulation vor der marxistischen Zentrale herauskommt. Es wird wieder gehen, wie bei der Einwohnerversammlung: man brüllt hurra und im letzten Augenblick klappt man zusammen. Deshalb habe ich Rahr erklärt: „Wenn Rahr dabei ist, mache ich nicht mit.“ Deshalb bestand ich darauf, daß die politische Vorbereitung in meine Hand kam.

Der Vorliegende bittet Ludendorff um Erklärung über von ihm geschriebenen Artikel im „Heimatland“ vom 1. November, „Die völkische Bewegung“, in dem folgende Stelle vorkommt: „Die völkische Bewegung gilt dem Wort „Deutsches Volk“ einen neuen Inhalt und sichert jedes Volk durch Gemeinschaft zur Volksgemeinschaft, zunächst unter völkischer Diktatur. Die völkische Bewegung ist Kampf.“

Ludendorff: Die deutsche Kampfgemeinschaft hat nicht den Zweck, eine Diktatur ins Leben zu rufen. Sie ist, wie ich sie auffasse, die Zusammenfassung aller Deutschen, die für die innere Befreiung, für wahre Volksgemeinschaft, Freiheit des Volkes, Ruhm und Ehre des Vaterlandes kämpfen. Leider können nicht alle Deutschen in diese Kampfgemeinschaft aufgenommen werden. Vorübergehend könnte es auch meiner Auffassung zu einer völkischen Diktatur kommen. Ich bin Monarchist, aber — führte ich aus — die Monarchie wird erst kommen, wenn das Volk soweit ist. Vor der Monarchie wird die völkische Diktatur kommen, nach dem Willen eines freien Volkes. Im Krieg habe ich mich mit der Diktaturfrage sehr eingehend beschäftigt. In Frankreich, England und Amerika fand eine Diktatur an der Spitze. Ich wurde der Vorwurf gemacht, daß ich nicht die Diktatur ergriffen habe. Wenn ich die Diktatur ergriffen hätte, gäbe Sie, daß ein Funken von Gewalt dabei gewesen wäre! Nein!

Vorlesender: Sie wußten, daß am 8. November die bayerischen Minister festgesetzt wurden.

Ludendorff: Nein, das wußte ich nicht.

Vorlesender: Doch, Sie haben ja selbst zugegeben, daß Sie im Redenzimmer des Bürgerbräukellers davon erfahren haben.

Ludendorff: Wenn ich das gesagt habe, so ist es richtig. Aber von der Absetzung Eberts habe ich nichts gewußt.

Vorlesender: Sie dachten also nicht an einen militärischen, sondern an einen politischen Vormarsch nach Berlin?

Ludendorff: Ja, Scheubner-Richter sagte mir am 8. November, als er mich abholte, Hitler wolle den drei Herren zum Abzug verhelfen.

Vorlesender: Da besteht noch ein gewisser Widerspruch, denn Sie sagen, Sie seien auf dem Weg zum „Bürgerbräukeller“ durch Scheubner-Richter im allgemeinen so unterrichtet worden, wie es die nächsten Tage in den Zeitungen stand?

Ludendorff: An das einzelne kann ich mich nicht mehr erinnern.

Vorlesender: Haben Sie gedacht, daß der Reichspräsident Ebert bleibe?

Ludendorff: Das mußte der Zukunft überlassen bleiben.

Vorlesender: Das Endziel ist das: Sie haben am 8. November nicht an einen militärischen Marsch nach Berlin gedacht?

Ludendorff: Das ist ganz sicher.

Vorlesender: Herr Hitler hat in seiner besten Ansprache erklärt: „Die vorläufige nationale Regierung ist gebildet. Führer und Chef des deutschen nationalen Heeres mit diktatorischer Gewalt ist Ludendorff.“ Die Regierung war also schon gebildet und hat nicht erst durch einen Druck auf den Weg des Art. 48 gebildet werden müssen!

Ludendorff: Ich kann mich nicht auf das beziehen, was Hitler gesagt hat, sondern auf meine eigenen Worte, in denen ich mich klar und deutlich ausgesprochen habe. Ich kam zu einer letzten Lage. Ich habe mich der neuen Regierung zur Verfügung gestellt und diese war für mich ein Kampfgemeinschaft. Die Regierung sollte nach meiner Meinung im Norden gebildet werden und es sollte zusammen mit der bayerischen Staatsgewalt und den vaterländischen Verbänden der Druck auf den Reichspräsidenten ausgeübt werden, so wie es Rahr und Lohse gebacht haben.

Staatsanwalt Ebert: Haben Sie einmal den Stand-

punkt vertreten, daß es sich um eine Umwälzung gehandelt hat, deren erster Teil bereits gelungen war dadurch, daß schon Donnerstagabend alle staatlichen Machtmittel in der Hand der neugebildeten Regierung lagen?

Ludendorff: Das kann ich nicht sagen!

Staatsanwalt Ebert: Ich habe hier einen Artikel, der bei einer Hausdurchsuchung bei Ihnen gefunden wurde und der von Ihrer Hand fortgerückt w. „Den ist!“

Ludendorff: Der Artikel stammt nicht von mir. Die Korrekturen allerdings sind von mir. Ich kann nicht sagen, von wem der Artikel ist.

Vorlesender: Ich habe feststellen, daß im „Völkischen Beobachter“ vom 9. November als Ergebnis der Ereignisse vom Tag zuvor in Fettdruck mitgeteilt wird: „Hitler und Ludendorff übernehmen die völkische Diktatur!“

Rechtsanwalt Zweigbrunn verweist auf einen Brief des verantwortlichen Schriftleiters des „Völkischen Beobachters“, der mitteilt, daß die Heberchrift von ihm kamme und daß er diese Heberchrift aus Gründen der besseren journalistischen Aufmachung gewählt habe.

Staatsanwalt Stenglein: Sie sind nach der Bemerkung Hitlers zum Führer des Nationalheeres mit diktatorischen Vollmachten ernannt worden. Man möchte meinen, daß es sich darum handelt, daß einerseits Hitler der Diktator und andere: „wie Sie der Militärdiktator sein.“

Ludendorff: Ich wiederhole, ich habe die Sache nicht für abgeschlossen angesehen und wartete auch noch auf andere Herren!

Vorlesender: Hat Scheubner-Richter Ihnen auf dem Weg gesagt, daß Ebert abgesetzt ist?

Ludendorff: Nein, das hat er nicht gesagt!

Rechtsanwalt Zweigbrunn: Ist denn überhaupt mit einer Erlaubnis von den diktatorischen Befugnissen gesprochen worden, die Ludendorff angenommen hat.

Ludendorff: Das war alles nicht der Fall! Ich hatte ja auch überhaupt keine Klarheit und deshalb wollte ich in das Wehrkreis-Kommando, um mir Klarheit zu holen.

Rechtsanwalt Zweigbrunn: Hat General Ludendorff nicht seine Aufgabe als ein „Wächter auf die Zukunft“ aufgegeben?

Ludendorff: Diese Auffassung ist durchaus richtig.

Vorlesender (zu Hitler): Haben Sie mit Ludendorff über die Diktatur und ihren Umfang gesprochen?

Hitler: Es konnte kein anderer militärischer Führer in Frage kommen. Ludendorff galt als der Führer des deutschen Volkes. In politischer Hinsicht war ich es, weil von mir die ganze völkische Bewegung gegründet wurde. Die heute auch schon einen Nachfolger bei den Wahlen darstellt.

Vorlesender: Haben Sie mit Ludendorff über dessen diktatorische Befugnisse im einzelnen gesprochen?

Hitler: Nein.

Vorlesender: Wie haben Sie sich Ihre Stellung gebildet?

Hitler: Es ist mir klar, daß zunächst eine uneingeschränkte Propagandawelle kommen mußte. Rahr kam für mich als politischer Führer nicht mehr in Betracht. Staatsanwalt Ebert eine Kritik, daß man nicht geboren sein, und Rahr ist dazu nicht geboren! Für uns kam auch nicht in Frage, ob jetzt die Monarchie errichtet werde, sondern ob die deutsche Nation die Revolution von 1918 anerkennt oder nicht. Wir hätten sofort eine Volksabstimmung veranlaßt, ob die Nation die Revolution als gültig erkläre. Wenn ja, dann wäre selbstverständlich die Republik unverzüglich gewesen, wenn nein, dann war es keine Frage, daß die Republik mit einem Wurf beiseite geworfen wurde.

Auf Veranlassung Ludendorffs verließ der Vorlesende aus der ersten Auslage Ludendorffs den Saal, er hatte gewünscht, daß Rahr sich nicht an Bayern wende, sondern bei der Neubildung der nationalen Reichsregierung beizutreten sei.

Ludendorff: Rahr ist im Norden ungeheurer brauchbar. In den Auslagen Rahr, Seifers und Volkows spielen angeblich von mir gemachte Zusicherungen eine Rolle. Am 21. Oktober gab ich Rahr die Zusicherung lokaler Zusammenarbeit. Als am 25. Oktober Rinzow in Garmisch von Volkow und Seifer zu mir kam, daß vielleicht die Nationalsozialisten irgend etwas unternehmen, erwiderte ich: „Seien Sie beruhigt, ohne Zustimmung dieser beiden Herren wird nichts geschehen!“ Das war die einzige Zusicherung, die ich gab.

Staatsanwalt Ebert macht das Gericht auf die auswärtigen Folgen des Falles aufmerksam. Wenn das Gericht Wert darauf lege, solle es einen Vertreter des Auswärtigen Amtes vernehmen. Ueber die innerpolitischen Wirkungen werde das Gericht unterrichtet sein.

Hitler: Für uns gäbe es nur Todesstrafe, wenn wir nicht die Heberzeugung gehabt hätten, daß die Folgen unseres Unternehmens Wandel der innerpolitischen Lage sein müßten. Die Deutschland bis an den Rand des Verderbens gebracht hat.

Vorlesender: Die Beweisaufnahme ist geschlossen.

Der Donnerstag ist stimmungsfrei. Am Freitag wird in der am 8½ Uhr beginnenden öffentlichen Sitzung der Gerichtsbeschluss darüber verkündet, ob die Reden der Staatsanwälte und der Verteidiger in öffentlicher oder nichtöffentlicher Sitzung gehalten werden.

Die Verteidiger verlangen die Öffentlichkeit der Sitzung auch während dieser Reden.

Es ist das Verdognis der Böter, daß in gepöppelten politischen Situationen, bei denen, in denen überall Brennpunkt übermäßig aufgeschaut ist, jede Seite sich von der andern bedroht glaubt, jeder Staatsmann dem Angriffswillen des Gegners durch als Vertiefung empfundenen Angriff seinerseits zuvorkommen zu müssen glaubt, daß in der Atmosphäre allgemeinen Mißtrauens jeder Schritt und jede Angelegenheit einer Nacht, auch wenn sie dem Frieden dienen will, den Krieg herbeiführt. Nur so erklärt sich dann auch die Tatsache, daß jeder noch Ausdruck des Krieges dem andern nicht nur die Schuld zuschreibt, sondern auch die eigene Volksgemeinschaft vollkommen von der alleinigen Schuld der Gegenpart überzeugen kann.

Dr. Wilhelm Mowlen, „Aufstand und der Kriegsausbruch“ in „Völkische Ztg.“ Nr. 86, 20. 2. 24.

schädig... habe d... Ende G... Hofma... Part... zur St... Finanzl... köpft... gichte... jede m... der ang... Um... Reg... rung... glich... stanten... halten... Paris... man... Kriegs... trag... wächtig... zu prüf... Willk... anbeha... kien 30... auf 4 2... den 2... geich... von... die... Deutsche... Goldma... Willk... worden... Stutt... Wegen... des Ver... a. Ja. m... 3000 beg... Gefäng... gerichte... aufserbe... Heilb... weggen... Waldbr... Februar... Weis... scher An... Anzahl... Die er... 10 und... nicht... oder Bee... folgt... Geis... band... treibe... ten, bis... Troch... sind hier... Der... 3... Der... gend... Tagen... Die Ein... überfina... neigung... Intern... Schicksal... eigene... So?... gewahrt... Wir... Wunsch... Infall... Amanda... sah bei... Was... Juris... In seiner... hkeit... vor... In... haar... Stüne... Forben... Alter... Die... Mödber... vorzugs... schaft... metziern... Gen... Rhen... und... Einwarf... anters... der Geh... dären...



